

Hochheimer Stadtanzeiger

Amtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion u. Expedition: Biebrich a. Rh., Rathausstr. 16. Telephon 41.

Redakteur: Paul Jorjich in Biebrich a. Rh.

Rotations-Druck u. Verlag: Guido Zeidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biebrich.

Stille Expedition in Hochheim: Jean Lauer.

Anzeigenpreis: für die 6 gelbsteine
Colonnezeile oder deren Raum 30 Pfg.
Reklamezeile 100 Pfg.

Bezugspreis: monatlich 1,25 M. einjährl.
Druckkosten. Wegen Postbezugs näheres
bei jedem Postamt.

Ar. 29.

Samstag, den 6. März 1920.

Postbezugspreis
Frankfurt (Main) Nr. 10116.

14. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Nachdem der Herr Reichswirtschaftsminister gemäß § 1 der Verordnung über die Regelung der Milchpreise vom 20. Dezember 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 2131) durch Bekanntmachung vom 6. Januar 1920 Milchpreise für den Großhandel mit Milch festgelegt hat, werden hiermit gemäß § 4 der erwähnten Verordnung für den Umfang des preussischen Staatsgebietes folgende Kleinhandelspreise festgelegt:

1. Rohmilch:
 - a) für Rüben und Keulen (Ziemer und Schlegel) für 0,5 Kg. 9.— M.
 - b) für Blatt oder Bug für 0,5 Kg. 5.40 M.
 - c) für Ragout oder Kochfleisch für 0,5 Kg. 1.50 M.
2. Roh-, Dam- und Schwarzwild:
 - a) für Rüben und Keulen (Ziemer und Schlegel) für 0,5 Kg. 8.— M.
 - b) für Blatt oder Bug für 0,5 Kg. 4.80 M.
 - c) für Ragout oder Kochfleisch für 0,5 Kg. 1.60 M.
3. Hasen, das Stück 25.— M.
4. wilde Kaninchen, das Stück 7.— M.
5. Fasanen:
 - a) Hähne, das Stück 19.80 M.
 - b) Hennen, das Stück 14.40 M.

Diese Preise verstehen sich ohne Fell oder Balg, beim Verkauf durch den Kleinhandel an die Verbraucher.

Bei Milch, dessen Schonzeit bereits begonnen hat, gelten diese Milchpreise erst mit Wiederbeginn der neuen Schonzeit.

Schuldenscheine, für Kleinhandelspreise, die durch den Kleinhandelspreis und des vorstehenden Aufzuges durch Berücksichtigung in den Entschlüssen Sorge zu tragen.

Berlin, den 22. Januar 1920.

Preussischer Staatsminister für Volksnahrung.

gez. Dr. Peters.

An die Herren Regierungspräsidenten pp.

Wird veröffentlicht.

Wiesbaden, den 1. März 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

A. Nr. 1510/2. J. M. Schmitt.

Die Dienstgeschäfte des Landratsamtes und Kreisausschusses

find ab 1. März d. J. wie folgt festgelegt:

Vormittags 8—12½ Uhr

Nachmittags 3—6 Uhr

Samstags von 8—1 Uhr

Schuldenscheine, die Einwohner des Landkreises möglichst alle Ge-

schäfte auf dem Landratsamt und Kreisausschuss an Vormittagen

zu erledigen.

Wiesbaden, den 1. März 1920.

Der Landrat.

J. M. Schmitt.

Ar. 91.

Erinnerung.

Die Gemeindefassen werden an baldige Einzahlung der vier-

ten Rate Kreissteuer für 1919 auf das Bankkonto der Kreiscommu-

nalfasse bei der Nassauischen Landesbank erinnert.

Wiesbaden, den 3. März 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

J. M. Schmitt.

Nichtamtlicher Teil.

Tages-Rundschau.

Ein Antrag auf Auflösung der Nationalversammlung.

Berlin. Die Fraktionen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei haben folgenden Antrag in der Nationalversammlung eingebracht:

Die Nationalversammlung wolle beschließen: I. Die Reichs-

regierung zu erlauben: 1. alsbald mitzuteilen, welche Gesetzentwürfe sie der Nationalversammlung nach der Auflösung vorzulegen gedenkt; 2. die Entwürfe zum Reichstagswahlgesetz, zum Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten und zum Gesetz über Volks-

entscheid und Volksbegehren mit größter Beschleunigung vorzu-

legen. II. Sich vom 1. Mai 1920 an für aufgelöst zu erklären.

Erzberger und die politische Lage.

München. In der „Donau-Zeitung“ teilt ein parlamentarischer Mitarbeiter aus der Nationalversammlung mit, daß nach dem Erzberger-Helfferich-Projekt noch weitere Prozesse folgen werden, in welche noch andere Parlamentarier verwickelt werden.

Man könne sich auf einen Nationalkongress von politischen Schmutz-

geschäften gefaßt machen. Das Zentrum steht vor einer schweren Krise. Die ganze Steuererhebung Erzbergers werde eine Erschütterung durchmachen müssen. Die grundsätzliche Stellungnahme zu den Steuerproblemen werde vielleicht in der Umgruppierung der Regierung eine Wendung erfahren. Mit dem Wegwinden Erzbergers werden auch die liberalistischen Tendenzen im Zentrum erstarken. Am Rhein ist man unermüdlich tätig, die Selbstverwaltung zu erlangen. Wir stehen also vor neuen Wand-

lungen in der Innenpolitik. Mit der Blockierung Erzbergers, des Vorkämpfers des Einheitsstaates hat auch diese politische Richtung einen schweren Stoß erlitten.

Paris. Die Presse nimmt zur Erzberger-Krise Stellung. Der „Temps“ nennt den vorläufigen Rücktritt Erzbergers als dauerlich, da Erzberger stets für die restlose Erfüllung des Vertrages durch Deutschland eingetreten sei. „Journal des Debats“ schreibt: Solange Erzberger in der Regierung war, hatten die Alliierten eine gewisse Bürgschaft, daß die Bedingungen des Versailler Vertrages erfüllt würden. Es ist fraglich, ob die günstige Lage auch nach dem Rücktritt Erzbergers fortbestehen wird.

Berlin. Die Unterhandlungen über Erzbergers Steuerdelikationen sind, wie wir hören, abgebrochen und dürften in diesen Tagen veröffentlicht werden.

Die Nachfolge Erzbergers. Karlsruhe. In hiesigen politischen Kreisen hält man es für wahrscheinlich, daß der bayerische Finanzminister Dr. Rupp Nachfolger Erzbergers im Reichsfinanzministerium werden wird.

Deutschlands Stellung zu Russland.

Berlin. Der Ausschuss der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten hat am 2. und 3. März längere Sitzungen abgehalten, in denen u. a. die Frage einer eingehenden Besprechung unterworfen wurde. Als Ergebnis der Aussprache stellt der Vorsitzende Selbstmann am Schluß folgenden fest: Der Ausschuss ist nach eingehender Prüfung der Besprechung unseres Verhältnisses zu Russland zu folgendem Ergebnis gelangt:

1. Der Beschluß der Reichsregierung, mit einem Delegierten der Sowjetregierung in Verhandlungen über den Austausch der Kriegs-

gefangenen einzutreten, wird aufgegeben.

2. Die Abicht wirtschaftlicher und finanzieller Kreise, eine Studient Kommission zur Prüfung der wirtschaftlichen Lage nach

Russland zu entsenden, wird begrüßt. Es wird der Regierung empfohlen, ihr jegliche Förderung angedeihen zu lassen, um damit die brennendste Aufgabe der Handelsbeziehungen vorzubereiten.

Asquith für Revision des Friedensvertrages.

London. Asquith tritt mit einem scharf umrissenen Pro-

gramm auf den Plan und bereits wenden sich alle diejenigen, die mit Lloyd George unzufrieden sind, ihm zu. Darunter auch Lord

Grey, Cecil und Lord Northcliffe. Asquith ist ein entschiedener Gegner der Revision, die im Kriege ihre gute Seite gezeigt habe, nun aber veraltet und unnützlich geworden sei. Asquith verlangt die sofortige Einberufung einer internationalen Wirtschaftskonferenz, an der auch die Neutralen und die ehemaligen Feinde teilnehmen müssen. Er befürwortet ferner die sofortige Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit

Russland. Asquith ist ein begeisterter Anhänger des Völkerbundes. Am meisten liegt ihm aber die sofortige Revision des Versailler Friedensvertrages am Herzen. Er sagt: Deutschland muß den angerichteten Schaden wieder gut machen, aber nur auf Grund seiner finanziellen Leistungsfähigkeit. Es wäre unbillig, wenn man mehr von ihm verlangen würde, als zwei Milliarden Pfund Sterling. Die Entschädigungssumme muß un-

verzüglich bekannt gegeben werden. In dem Völkerbund müssen die Neutralen wie auch die ehemaligen Feinde sich und Stimme erhalten. Was England betrifft, so muß es auf die Unterstützung der an seine Verbündeten geliehenen Summen verzichten.

„Daily Mail“ meidet: Der Gesamtvorstand der liberalen Unterhauspartei hat in seiner Freitagssitzung beschlossen, unbedach-

ter der letzten ablehnenden Erklärung Lloyd Georges im Unter-

haufe an der Forderung nach Revision des Versailler Friedensver-

trages festzuhalten. Es wurde ferner beschlossen, eine allgemeine

Agitationsreise für eine Revision des Friedensvertrages in der

Österwoche vorzunehmen.

Die Kollage der Presse.

Berlin. Die demokratischen Abgeordneten Herrmann, Polen,

Rufschke und Steinsdorf haben in der Nationalversammlung fol-

genden Antrag eingebracht:

Die am 23. Februar in Weimar tagende Versammlung deutscher

Zeitungverleger hat sich mit einer Zustimmung über die Lage des

deutschen Zeitungsgewerbes an die Öffentlichkeit gewandt, deren

inoffizielle Berechtigung rückhaltlos an-

erkannt werden muß. Die Pöbner, Papier- und Materialpreise

sind in einer Weise gestiegen, daß ihre Abwälzung auf das Publi-

kum in vollem Umfang nicht mehr möglich ist, und daß damit die

Gefahr besteht, daß kleinere Zeitungen in größerer Zahl ihr

Erstehen einstellen müssen. Welche politischen und

ethischen Folgen das haben könnte, braucht kaum erwähnt zu

werden. Ein schon vielfach erörtertes Mittel, die Gefahr zu beseitigen,

ist die Ueberlassung von billigen Holzschiffen an die in Frage

kommenden Papierfabriken, damit diese das Druckpapier zu einem

niedrigen Preise an die Presse überlassen können, wobei auch zu

ermöglicht ist, daß, entsprechend der Leistungsfähigkeit der Presse,

gesteuert zu werden hat. Weitere Möglichkeiten, der Not der

Presse zu steuern, liegen in einem Abbau der Anzeigen-

steuer und der hohen Post- und Telegraphengebühren.

Die Reichsregierung hat Willkür zur Verfügung gestellt, um die

und die mit einem hundertprozentigen Aufschlag zum üblichen Lohn

entschädigt werden, mußte sich der Reichslohnverband mit An-

trägen der Syndikate, die auf Preiserhöhung abzielten, befassen.

Er beschloß unter Zustimmung des Reichswirtschaftsministeriums

für die Bezirke des rheinisch-westfälischen Kohlenbezirkes, des

niederländischen Steinkohlenbezirkes und des Steinkohlenbezirkes

für den Preislohn Sächsen eine Preiserhöhung von 15 Mark

für jede Tonne Steinkohlen ausschließlich der Kohlen- und Um-

lagesteuer ab 1. März eintreten zu lassen. Für die dem hiesigen

Kohlenbezirk angehörenden Essenslohngruben wurde eine

Preiserhöhung von 80,65 Mark für jede Tonne Breits und von

26,40 Mark für jede Tonne Kohlenbriketts einschließlich der Koh-

len- und Umfragesteuer beschlossen.

Die mangelhaften Ernährungsmöglichkeiten in Deutschland.

Ueber den Inhalt der Besprechungen im Londoner Wirtschaftsrat

wurden noch folgende Einzelheiten bekannt: In der letzten Sitzung

wurden genaue Ziffern genannt, auf Grund deren man zu dem Er-

gebnis kam, daß die Großhandelspreise in Frankreich und Italien

ausgesprochen 300 Prozent höher sind als vor dem Kriege, in Eng-

land beträgt die Erhöhung 170, in Japan 100 und in Amerika 120

Prozent. Ferner beschloß man sich mit der Lage in Mittel-

europa und stellte fest, daß besonders in Deutschland eine Anzahl

von Nahrungsmittelarten zur Verfügung steht, die weit unter

dem Quantum steht, das der Oberste Wirtschaftsrat für die normale

Ernährung eines Menschen als notwendig erachtet. Auch die Er-

nährungslage Polens und Österreichs wurde genau untersucht. Der

Bedenkenauslaß wird noch mehrere Wochen dauern.

Ein wirtschaftliches Manifest der Alliierten.

M. Paris, 3. März. Der Sonderberichterstatter des „Echo

de Paris“ in London berichtet in einem Telegramm von heute

nachmittag, das wirtschaftliche Manifest, das die Alliierten

veröffentlichen würden, werde im Wortlaut im Laufe des heutigen

Nachmittags festgelegt. Nach seiner Ansicht sei das Manifest in

einer Atmosphäre entstanden, die das Buch von Keynes über die

Folgen des Vertrages von Versailles in dem Maß zusammenfaßt:

Die europäische Gefahr besteht nicht darin, daß Deutschland stark

sei, sondern darin, daß Deutschland ruiniert sei. Das Manifest be-

Ein Entschädigungsgebot für die besetzten Gebiete.

Berlin. Das Reichsministerium des Innern wird laut „Völkischer Zeitung“ demnach der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorlegen, wonach für die Dauer der feindlichen Besetzung der betroffenen Bevölkerung ein Anspruch auf Entschädigung für Requisitionen gegeben wird. Aus der Begründung ist zu entnehmen, daß die zur Unterbringung der Besatzungstruppen erforderlichen Möbel, Utensilien und dergleichen soweit als möglich aus Reichsbeständen geliefert werden sollen. Die Entscheidung in diesen Fragen soll dem Reichswirtschaftsministerium übertragen werden.

Eine Unterredung mit Außenminister Müller.

Bonn. Der Reichsaussenminister Müller veröffentlicht eine Unterredung seines Berliner Sonderberichterstatters mit dem Reichsminister des Innern Müller, der u. a. erklärte: Die deutsche Regierung steht nach wie vor unerbittlich auf dem Standpunkt des Völkerbundes. Selbstverständlich darf aber der Völkerbund nicht das Instrument zur dauernden Niederhaltung Deutschlands werden. Die deutsche Regierung würde natürlich nur der Aufnahme als völlig gleichberechtigtes Mitglied näher treten. Er sei überzeugt, daß die auf den internationalen Beziehungen heute noch ruhende Atmosphäre des Hasses u. des Mißtrauens behoben werden würde und daß die Bestimmungen der Artikel 11 und 19 der Völkerbundessatzung zu einer Rekonstruktion der Bestimmungen des Friedensvertrages, die unerfüllbar seien, führen würden. Es fehle schon heute nicht an erfreulichen Anzeichen einer solchen Besserung in einzelnen Unternehmungen. Der Minister erklärte weiter, daß die vertrauensvollen Beziehungen Deutschlands zu den neutralen Staaten seit Kriegsbeginn noch eine erfreuliche Stärkung erfahren hätten.

Eine neue Partei.

Berlin. Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht einen Aufruf, in dem die Gründung einer neuen Partei angekündigt wird. In dem Aufruf wird gesagt:

„Mit dem Anfang des neuen Jahres ist von einer Anzahl Männern eine Partei gegründet worden, die den Namen Deutsche Königs-Partei führt. In der Partei vereinigen sich alle deutschen Männer und Frauen, die mit der heutigen Regierungsform in ihren Anschauungen nicht übereinstimmen. Die Partei hat den Zweck, alle monarchisch gesinnten deutschen Reichsbürger unter einer einheitlichen Leitung zu vereinen. Unterzeichnet ist dieser Aufruf an das Volk: Deutsche Königs-Partei. Beigefügt die Namen der Gründer sind nicht genannt.“

Die bayerischen Minister über die Pfalz.

München. Die von ihrer Reise durch die Pfalz zurückgekehrten Minister berichten über ihre Eindrücke wie folgt: Der Vordergrund sinden die Klagen über mangelhafte Lebensmittellieferung. Es kann diesem Mißstand nur durch baldige und möglichst gründliche Beseitigung der Grenze abgeholfen werden. Obwohl Rohstoffe in genügender Menge vorhanden sind, hat die Schienensperre zur Stilllegung gerade der größten industriellen Betriebe, beispielsweise in Kaiserslautern, der größten auf der Erde vorhandenen Kumpelpfannerei, geführt. Die Maschinen belangen zu versetzen, die Arbeiter wegen des dringenden Bedarfs nach Wiederhernahme der industriellen Tätigkeit. Sie sind schon bereit, über den Schienensperre hinaus zu arbeiten. Mangelhaft ist die Lage der Beamten. Dieser hat ein Teil der Beamten sich Befreiungen gegenüber schwach erwiesen.

Revision des Friedensvertrages — Entenfleisch an Deutschland?

Paris. 4. März. Der neue englische Botschafter in Washington, Giddes, erklärte einem Journalistenkorps, England werde bei der Friedenskonferenz die absolute Notwendigkeit betonen, Deutschland zu helfen, sich wieder emporzurheben. Deutschland soll eine kleine Beihilfe erhalten, damit es seinen Verpflichtungen nachkommen kann.

Nach einer Pariser Meldung des „Hamburger Fremdenblattes“ wurde dort eine Depesche veröffentlicht, wonach der Oberste Rat der Alliierten beschlossen habe, Deutschland insofern zu Hilfe zu kommen, daß ihm die Aufnahme einer Anleihe gestattet werde, die den Vorrat an allen Kriegsmaterialien abdecken sollte, um ihm die Mittel zu liefern, seine Industrie wieder aufzubauen.

Das nächste Merkmal dieses Beschlusses werde sein, daß eine vollständige Revision des Friedensvertrages stattfinden wird. Der Bescheid soll baldigst bekannt gegeben werden.

Die Friedensschritte im Jahre 1917.

Bonn. 4. März. (Sonder.) Was die Unterredung des ehemaligen deutschen Botschafters Bethmann Hollweg mit Mr. Macell in Juni 1917 betrifft, so sind wir in der Lage, noch einige genauere Angaben aus gut unterrichteter Quelle angeben zu können. Im Namen des H. Reiches betrug der Botschafter den Kaiser über die deutschen Friedensbedingungen und ob die deutsche Regierung gewillt sei, Gebietsabtretungen an Frankreich zu gewähren. Der Kaiser antwortete darauf, daß sich im Falle einer Bereitschaft der französischen Regierung, Verhandlungen über diese Frage anzunehmen, trotzdem noch ein Hindernis fände, das ein Währungs dieser Verhandlungen nach sich ziehen könne. Dieser wurde Punkt könnte nur durch eine wechselseitige Grenzregulierung zu einem Einvernehmen gebracht werden. Das war der ungefähre Wortlaut der Unterredung. Aus dieser Quelle wird hinzugefügt, daß die Botschaft des H. Reiches durch ihre Ziellosigkeit die Antwort des Kaisers bei weitem überschritt, jedoch glaube damals der Kaiser, ein äußerst merkwürdiges Resultat erreicht zu haben, indem er dem Prinzip nach eine Diskussion zuließ, und alles das über eine Frage, der Deutschland mit einer entschlossenen Unerschrockenheit gegenüberstand.

Rückmeldung solcher Nachrichten.

Berlin. 4. März. In der holländischen Presse waren in den letzten Tagen vielfach Gerüchte verbreitet, nach denen am 6. Februar über die Grenze nach Holland geklärt sein sollen, nachdem bereits am 6. Februar auch Deutsche, deren Namen auf der Ausreisepapierliste standen, gleichfalls über die Grenze gekommen seien. Wie das deutsche Konsulat in Rotterdam amtlich bestätigt, reisten am 6. Februar lediglich Prinz Wolfgang von Hessen aus Hamburg nach Holland, wobei aber schon am 5. Februar wieder nach Deutschland zurück. Weder der Großherzog von Hessen noch andere Persönlichkeiten, die in jenen Tagen die holländische Grenze, ebensowenig Offiziere oder sonstige Militärpersonen.

Mittheilung aus der Front.

Dresden. Über die Zustände in der Haderberger Militärverwaltung bringen die „Deutschen Nachrichten“ eine Schilderung, die auf Angaben des Arbeitsministers Heide in einer Pressekonferenz beruht. Als nach dem Abmarsch in den schließlichen Dienstverhältnissen unter der Leitung von Reichsräten die Betriebe in Gang gehalten und auch produziert wurden war, die Zustände aber von Woche zu Woche schlimmer wurden, da verlangt wurde, die schließliche Regierung die Aufstellung einer Bilanz. Das Ergebnis war nicht befriedigend. Einnahmen waren so gut wie nicht zu verzeichnen, an Löhnen und Gehältern aber 35 Millionen Mark. Einige Monate später war dieser Betrag sogar auf 58 Millionen Mark angewachsen. Das kommt, daß dabei kein Pfennig für Miete, Rohstoffe und Abnutzung von Maschinen eingebracht war. Ganz neuartig sind auch die Grundzüge, nach denen man arbeitete. So wurden Arbeiter in solchen Mengen abgerufen, als ob man damit die ganze Welt versorgen wollte. Das fertige Gut wurde mit 250 Mark berechnet, während das Rohmaterial allein schon auf 10 Mark stellte. In den Werkstätten für Holzarbeiter wurden die wertvollen Eichenholzkörbe verbraucht zur Anfertigung von 10.000 eichenen Stühlen. Sie wurden für 38 Mark an einen Industriellen verkauft zu einer Zeit, in der ein einfacher Stuhl 85 Mark kostete. Einen kleinen Raum nimmt ferner das Kapitel Diebstahl und Unordnungen ein. Es wurde in diesen Herbergsstätten wochenlang nichts gefressen, nicht nur im kleinen, sondern in ganzen Bogen, sondern und sogar in großer Öffentlichkeit. Günstig waren es merkwürdige Vorkommnisse, die an das Reich abgemeldet wurden sollten. Nicht Stuhl fanden sich

später innerhalb des eingetragenen Geländes versteckt, zwei bei einem Angehörigen in Böhmen. Von 44.000 Meter Hundertstücken, als sie von einer Kommission übernommen werden sollten, 44.000 Meter im Werte von 25 Mark für das Reich. Sie waren unter der Hand zum Preise von 80 bis 100 Mark für das Reich als begehrte Anzeigekarte veräußert worden. Ein ganz krasser Fall ereignete sich noch in der verpassten Woche. Beim Verladen von Abfällen fand man zweieinhalb Tonnen Aluminium mit in den Wagen verpackt. Gelesen war dies von einer etwa 20 Mann starken Arbeitergruppe, die das Verladen zu befehlen hatte. Durch die Hochleistung der Bundespolizei wurde die Schließung noch im letzten Augenblick verhindert. Um Diebstahl zu verhindern, sind auch in den Werkstätten 20 Wächter angestellt, von denen jeder 1000 Mark Jahreslohn bezieht. Diese Wachschicht ist jedoch unter der Leitung von Arbeiterführern. Sie sprechen sehr heftig gegen die von der schließlichen Regierung beschlossenen Sozialisierungsmaßnahmen, die so nach ihrer Meinung allein das deutsche Wirtschaftsleben wieder heben können.

Der Prozeß Erzberger-Helfferich.

M. Berlin. 4. März. Im Erzberger-Prozeß beantragte der Oberstaatsanwalt heute noch nachträgliche Würdigung der einzelnen Ergebnisse der Demobilisationsarbeiten gegen den Angeklagten Dr. Helfferich wegen Verleitung nach § 135 in Verbindung mit § 133 des Strafgesetzbuches eine Geldstrafe von 300 Mark, ferner Festsetzung der Publikationskosten an den Nebenkläger und Verurteilung beim Einziehung der Briefkäse und der zu ihrer Herstellung benutzten Platten und Formen.

Frankreich.

Paris. In militärischen Kreisen wird berichtet, daß die Mitteilung des Generals de Castelnau in der Kammer, monach der Rekrutierungsjahrgang 1920 Holz darauf sein werde, die Wehr am Rhein zu befestigen, auf tatsächlichen Befehlen der Generalstabs beruhe. Die jungen Rekruten sollen nach dreimonatlicher Ausbildung sofort den Garnisonen im Rheinland zugeteilt werden, um die Demobilisierung der dort stehenden älteren Truppen zu ermöglichen.

Frankreich will die deutsche Kohlenförderung kontrollieren. Der „Temps“ meldet: Infolge Ausbleibens der deutschen Kohle für Nordfrankreich hat Frankreich den Alliierten einen Vorschlag unterbreitet, der auf eine Kontrolle der deutschen Kohlenförderung abzielt.

Kleine Mitteilungen.

Die Notlage der Preise. Wie der „Korwäris“ mitteilt, findet auf Einladung des Reichsanwalts heute Freitag eine Konferenz der Vertreter der Händler statt, in der über die Notlage der Preise beraten und Bescheid gefaßt werden soll.

Wacht im englischen Kommando. Wie die „Lancet“ meldet, hat General Sir William Robertson das Kommando der englischen Rheinarmee niedergelegt und ist nach England abgereist. Albenans-General Sir T. E. A. Marland übernimmt an seiner Stelle das Kommando.

Die europäische Welt. „Wohldatopia“. Der Berliner Botschafter in New York erklärte in einer Rede über den Friedensvertrag, die Entente sei vor der schließlichen Entscheidung der politischen Zukunft in Europa stand. Die holländische Revolte sei im Augenblick begriffen und sie wird auch die Entente überwinden, weil diese den Grundstein zu Deutschlands Vernichtung legen und nicht bemerken, daß durch diese Vernichtung der Völkerbund vollständig zerstört werde. Es sei sein die Aufgabe Amerikas, sich von dieser europäischen Welt freizubehalten. In dem europäischen Strudel müsse sich die Weltrevolution ausbilden.

Im London. Die „Times“ greift die langsame Arbeitsweise des Obersten Rates scharf an. Das Blatt schreibt: Die Türkei wird wahrscheinlich nur einen Bruchteil ihres früheren Reiches behalten. Dieser wird durch eine Regierung verteidigt, verwaltet oder einseitig werden können.

Sowjetrepublik Portugal? Rom in London eingetroffenen Meldungen, die in Portugal eine antirassistische revolutionäre Bewegung im Gange. Nach einem Madrider Blatt soll dem gegenwärtigen portugiesischen Generalrat, dem sich bisher die Union, Telephon- und Telegraphenarbeiter angeschlossen haben, die Ausrufung der portugiesischen Sowjetrepublik zurande liegen.

Rahland Rohstofflieferant — Deutschland „die Jabel“. Der Londoner Korrespondent des „Petit Journal“ berichtet, daß die englische Politik seit einiger Zeit unter dem Einfluß von Rohstofflieferanten sich auf den Standpunkt stelle, man müsse aus Ausland beschaffen, was an Rohstoffen herausgeholt werden könnte und aus Deutschland die große Jabel machen, in der diese Rohstoffe verarbeitet werden.

Im Washington. Wilson machte am Mittwoch zum ersten Male seit seiner Erkrankung eine mehrtägige Spazierfahrt im Kraftwagen in die Umgebung Washingtons.

Aus Stadt, Kreis und Umgebung.

Hochheimer Lokal-Nachrichten.

Die neuen hochwertigen Umkleekameren im Einzelwert von 15, 20, 25, 30 und 100 Mark werden beim Postamt in Wiesbaden verkauft.

Die verteuerten Zündhölzer. Die Zündholzindustrie in Berlin gibt bekannt, daß am 1. März d. J. an die Preise für Zündhölzer im inländischen Erzeugung durch Höchstpreisverordnung des Reichswirtschaftsministeriums vom 29. Februar 1920 neu festgelegt worden sind. Das Paket Zündhölzer zu 10 Stücken im inländischen Erzeugung kostet demnach 330 Mark oder die Schachtel 33 Pfennig. Dieser Preis bedingt einerseits durch die gestiegenen Holz- und Rohstoffpreise sowie Löhne in der inländischen Erzeugung, andererseits durch die hohen Preise der ausländischen Erzeugung infolge der außerordentlich hohen Valuta. Die Versorgung mit Zündhölzern wird durch die deutschen Fabriken und die Zündholzindustrie-Gesellschaft im deutschen Reichsgebiet nunmehr systematisch geregelt.

Die Steuernachricht. Der Vermögens oder Einkommen des in einer öffentlichen Abgabe hat vorangetragen werden müssen, bisher nicht angegeben hat und deswegen verurteilt worden wegen Steuerumgehung sowie Verstoß des verurteilten Vermögens gemäß dem Gesetz über Steuernachricht abgeben wird wird aufgehoben, das bisher nicht angegebene Vermögen und Einkommen innerhalb bis zum 15. April 1920 einem Finanzamt, das für die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs zuständig ist, anzugeben. Die Angaben können mit der Steuererklärung für die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs verbunden oder als Nachtrag hierzu innerhalb der Frist — bis zum 15. April 1920 — ein gereicht werden. Dabei sind Wer- und Zuerne, Stand, Beruf oder Gewerbe, Wohnort und Wohnung oder Firma und Sitz genau zu bezeichnen. Die Angabe befreit den Steuerpflichtigen von jeder Strafe wegen Steuerumgehung, die sich auf das nachträglich angegebene Vermögen oder Einkommen bezieht. Kaufveräußerungen von Abgaben für die Zeit vor dem 1. April 1917 sind ausgeschlossen. Vermögen, das bei der Veranlagung zum Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs oder zum Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs im Verhältnis Kraft Geld dem Reich. In richtige Angaben, die sich etwa noch in der Steuererklärung zu Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs finden, müssen daher unverzüglich und jedenfalls so schnell berichtet werden, daß die Angabe noch bei der Veranlagung zu der Steuer berücksichtigt werden kann. (H. T. B.)

Die Tabaksteuer. Zu der Meldung, daß in Aussicht genommen sei, das Tabaksteuergesetz am 1. April in Kraft treten zu lassen, bemerkt die „Köln. Ztg.“, daß durch die Bändernde einseitige Besteuerung der letzten Agorrenpreise nicht eintreten wird, da so lange die Valuta so ungünstig steht, zunächst nur 3 v. H. des betreffenden Bänderpreises erhoben werden sollen. Es würde daher eine Verbilligung der deutschen Agorrenpreise stattfinden können, da bei der Bändernde der Bänderpreis wegfällt, der zu

dem hohen Goldkurs bezahlt werden muß. Die einzige Preisverwertung tritt jetzt lediglich ein durch den außerordentlichen Kurs der Valuta in Holland und neuer durch den Umstand, daß die deutsche Agorrenindustrie für die letzten Bänderpreise bezogen und verarbeitet muß, die die Valuta von den Bändern zu den bisherigen hohen Valutakursen klammern zum Tageskurs gelaut hat. Seit Anfang des Jahres hat die Valuta der Reichsbank in Holland gewaltig gestiegen, und es hat die Devisen mit ihren früheren schwachen Kursen sich sehr günstig verhalten.

Abrechnung nach oben. Nach einer im „Reichsanzeiger“ mitgeteilten Besprechung des preussischen Finanzministers werden die Preise künftig, soweit es sich um einzelne Vermögensgegenstände, noch oben abgerundet. Statt 20,13 Mark wird es also 20,15 Mark heißen. Der Grund für diese Maßnahme ist das Fehlen der Kupfermünzen. Neue Kupfermünzen sind seit längerer Zeit nicht wiederhergestellt worden, die noch vorhandenen werden von der Besatzung zurückgehalten oder verkauft. Aus diesem Grunde steht die Regierung gezwungen, zu dieser Abrechnung zu schreiben. Auch für laufende Zahlungen sind solche Abrechnungen vorgenommen worden.

Die Interalliierte Rheinlandkommission. Den die Reichsvermögensverwaltung betreffenden Abschnitt 3 der Verordnung vom 13. Oktober 1919, welcher lautet: „Für das besetzte Gebiet tritt an die Stelle der unter 2 bezeichneten Abteilung der Landesfinanzämter die Reichsvermögensverwaltung für das besetzte rheinische Gebiet mit den ihr unterstellten Zweigstellen und örtlichen Behörden“ bis auf weiteres außer Kraft zu setzen. Zur Regelung von Zweifeln wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Interalliierte Rheinlandkommission auf Antrag des Reichskommissars ihre Zustimmung zur Durchführung der Verordnung über Landesgerichte gegen den Schleichhandel und alle Preisverhinderung gegeben habe.

Der Reichsrat nahm gestern das Beschlusseingeführte an. Nach dem neuen Gesetz soll alle drei Jahre eine Veranlagung des Vermögenszuwachses erfolgen. Zuerst ersten Male soll sie erfolgen nach dem Vermögensstand vom 31. Dezember 1922. Von der Reichsregierung werden Erbschaften und als Vermögenszuwachs betrachtet, die bereits durch Kriegseingriffe betroffen sind. Der Anteil des alten Vermögenszuwachses, der zwischen 0,75 und 2,50 Prozent schwankt, wurde auf 1,10 Prozent erhöht. Er ist nach dem gemildert durch eine allgemeine Durchschneidung. Der Vermögenszuwachs bis 5000 Mark bleibt steuerfrei, ebenso werden sämtliche Vermögen unter 20.000 Mark nicht besteuert.

Ueber die zukünftigen Postgebühren, die gestern im Reichsrat beschlossen wurden und mit größter Beileidigung an den Reichsrat und die Nationalversammlung gehen sollen, wird mitgeteilt: Einfache Briefgebühren, unter Fortfall der Ermäßigung für den Orts- und Fernverkehr 30 Pfg., Doppelbriefe 50 Pfg., Postgebühren bis fünf Mark im Fernverkehr 1,25 Mark (bisher 75 Pfg.), im Fernverkehr 2 Mark (bisher 1,25 Mark), bis 10 Mark 3,50 (bisher 1,50) bzw. 4 Mark (bisher 2,50); bis 20 Mark 10 Mark (bisher 4 Mark) bzw. 16 Mark (bisher 6 Mark); für dringende Posten wurde bisher eine Gebühr von 2 Mark erhoben; in Zukunft beträgt die Gebühr das Dreifache mehr für einfache Posten. Die Postämtergebühr beträgt in Zukunft einheitlich 20 Pfg.; die Drucksachengebühr wird verdoppelt, die Postanweisungsgebühr bis 50 Mark 50 Pfg., über 50—100 Mark eine Mark, über 200—500 Mark 1,50 Mark, über 500—1000 Mark 2 Mark. An Postdienstleistungen werden die bisherigen Gebühren für die Briefstellungen werden verdoppelt. Für Posten, die nicht spätestens am zweiten Tage abgeholt werden, wird in Zukunft eine Sperrgebühr von 80 Pfennig pro Tag erhoben. Der Zeitungsentgelt wird vollständig neu gestaltet. Es wird in Zukunft für die Nummer im durchschnittlichen Gebiet bis zu 20 Gr. eine Gebühr von drei Pfennigen erhoben, von 20—50 Gr. eine Pfennig und je einen Pfennig mehr für jede weitere 10 Gr. Die Telefon- und Telegraphengebühren betragen in Zukunft das Doppelte der bisherigen. Die Fernsprechnachrichten für Telefonanschlüsse betragen in Zukunft bei einem Netz bis zu 50 Teilnehmern 220 Mark (bisher 160 Mark), bei über 50 bis 500 Teilnehmern 250 Mark, bei über 500 bis 1000 Teilnehmern 300 Mark. Weiter ist bestimmt, daß die Post nicht mehr in der Lage ist, die steigenden Unterhaltungskosten für die Telefon- und Telegraphenanlagen aus den laufenden Einnahmen zu decken, von jedem Fernsprechnachnehmer die Zahlung einer einmaligen Gebühr von 1000 Mark für den Anschluß zu fordern, die vom Reich vergütet werden und in dem Augenblick, wo der Teilnehmer den Anschluß aufgibt, zurückgezahlt werden. Für Fernsprechnachrichten sollen 200 Mark gewährt werden. Eventuelle Nachschüsse für finanzielle schwächer Teilnehmer sind vorgesehen. Man hofft, auf diesem Wege den ein maligen Betrag von 1000 Millionen Mark zu erzielen.

Diebstahl.

Diebstahl. Aus einem Grundstück im Allendort wurden in letzter Nacht mittels Einbruchs zwei Biegen von weißer Farbe und ein Hahn von grauer Farbe gestohlen. Die Tiere wurden an Ort und Stelle abgeschlachtet. Der Geschädigte hat im Falle der Ermittlung der Täter eine Belohnung ausgesetzt. — Einem franz. Soldaten wurde ein Fahrrad, das er in der Nähe der Kaserne mit einer Karte befestigt hatte, gestohlen. Die Karte wurde gefunden. Das Rad war klein und zerlegt.

Wangel an richtigen Stereographen. Die „Reichsanzeiger“, die Monographien des hiesigen Kreises der Deutschen Reichsanzeiger-Verbandes, gibt bekannt, daß der Wiesbadener Stellensuchmittlungsstelle des genannten Verbandes 60 Stellen für gemachte Stereographen angemeldet sind. Diese Stellen können nicht belegt werden, weil es an Bewerber, welche Kenntnisse in Stereographie und Aufnahmefähigkeit besitzen. Den jährlichen Stellenlohn kann man dringend empfohlen werden, sich in der genannten beiden Büchern auszubilden, was sich je genügend Gelegenheit bietet.

Wiesbaden. Der früher am Hoftheater angestellte Kammerling Karl Braun ist jetzt nach mehrjähriger Aufenthalt in Amerika in die deutsche Heimat zurückgekehrt und tritt demnach in der Berliner Staatsoper auf.

Einem Urmann in der Wabergasse ließ sich ein junger Mann goldene Uhren und Ketten vorlegen. Wüßig raffte der Fremde drei Uhren und einige Ketten zusammen und machte sich, ohne daß man ihn lassen konnte, aus dem Staub.

Am 17. Februar wurde hier ein Fahrrad angehalten, welches allem Anschein nach gestohlen war. Das Rad trägt die Marke H. K. G. Solingen. — In der Nacht zum Dienstag wurde aus einer Garage in der Wabergasse 2 neue Michelin-Reifen und 2 neue Luftschläuche gestohlen. — In der Nacht auf Mittwoch wurden in der Wabergasse 2 Geldschäufelchen erbrochen und daraus verschiedene Schale, Dosen und Dampfräume gestohlen. — Montag abend wurden von einem Kleinrentner, welcher auf dem Grundstück des Hauptbahnhofs stand, die beiden Räder gestohlen. — Ferner wurde gestohlen aus einem Haus an der Sonnenbergstraße ein Rohrplattentopf mit verschiedenen Utensilien, Servietten, Handtüchern, Kissen, Bettdecken und Decken, ferner ein kleiner Schlüsselschrank mit Damenwäsche, sowie 2 Pappschalen mit Damenwäsche, Zierkerzen, etwa 6 Meter Gardinenstoff, 3 Herrenanzügen und einen Rucksack.

Die Wiesbaden. In der Dienstagsnacht wurde von einer Bande in der Nähe der Kaserne an der Schiersteilstraße ein 20 Mark schweres Fahrrad gestohlen. Diebstahl wurde gemeldet, welche bei der Verhaftung der Täter in der Kaserne gefaßt wurden. Auf die Wiederherstellung ist eine hohe Belohnung ausgesetzt. — In der Nacht wurde in der Kaserne ein Schrank erbrochen und 11 Mark gestohlen und 4 Paar Socken gestohlen. — Aus einem Ausgange in der Hauptbahnhofsstraße wurde ein neues Fahrrad (Marke Wiesbaden) gestohlen. — Gestern nacht wurde in der Kaserne ein Schrank erbrochen und 15 sogenannte Kleiderkasten gestohlen. — In der Kaserne nahmen zwei einen ganzen Schrank mit sich. — Diebstahl kann man nicht Holz und Kohlen von Unbekannten kaufen, die von Haus zu Haus gehen und Holzmaterial anbieten, das schlack nicht auf demselben Wege erworben ist, wie man auch bezüglich des Gewinns Vertriebsstellen ausgereicht ist. Täglich finden bei der Kaserne

Vermischtes.

Die energischen Damen von Bietzenfeld. Die „Vanderzeitung“ veröffentlicht folgendes Eingekandt: O nein, verehrte Schneiderinnen, die Damen von Bietzenfeld lassen sich noch lange nicht auf der Kasse verummanen! Eure letzten Zahlen machen sich ja sehr nett in der Beobachtung, einzig und allein mit versehen, daß diese Zahlen kaum von den Schneiderinnen in den Städten verlangt werden, die andere Arbeiten leisten und auch

Gräfin Zahberg's Entlein.

Roman von Fr. Lehne.

(4. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Und wäre es nicht, mein Schatz, um Dich nehme ich einen Kampf mit der ganzen Welt auf! rief er übermütig. Und alle werden mich um meine kleine, süße Frau beneiden! Im Vertrauen — Dagobert hat eine unglückliche Liebe zu Dir.

Sie schmeigte sich fester an ihn. Oh, sage mir das nicht. Ich glaube, Herta liebt ihn. Wenn er nur ihre Gefühle erwiderte, dann würde ich einen leichteren Stand bei Deiner Mutter haben. Auch sie mag mich so wenig leiden. Ach, aber Du, Du läst nicht von mir, was sie auch sagen werden! rief sie leidenschaftlich aus. Begütigend streichelte er sie.

Ach, mein Buh, mir ahnt, daß uns schwere Tage bevorstehen!

Sorge Dich nicht vorher — kommt Zeit, kommt Rat! Mit Großmama und Mama würde ich schon gut fertig werden, würde mich überhaupt nicht darum kümmern, was sie sagen, wenn — wenn nicht —

Was, Buh, warum sprichst Du denn nicht weiter?

Wenn eben das leidige Geld nicht wäre, Kleiner! Denn Du hast nichts, und ich, lieber Gott, ich bin so abhängig von Großmamas Gnaden. Deshalb müssen wir ein wenig diplomatisch vorgehen, kleine Pionne, nichts überstürzen. Sie ist doch auch so schön, unsere heimliche Liebe. Und in seinen Rücken erspürte er die in ihr aufsteigenden Bedenken.

Frau Bandrat von Hammerstein machte mit ihrer Tochter Daisy bei Gräfin Zahberg Besuch. Daisy war erst vor kurzem aus New York zurückgekehrt, wo sie sich ein Jahr bei Verwandten aufgehalten hatte.

Sie war eine weniger schöne als elegante Erscheinung, dabei sehr selbstbewußt in ihrem Auftreten.

Herta schloß bald intime Freundschaft mit ihr, und die Baronesin war sich sofort darüber im klaren, daß Daisy von Hammerstein eine passende Frau für Buh sein würde. Sie erwog dies mit ihrer Mutter, die ihr auch darin beipflichtete. Pionne hörte es und ein heftiger Schreck überkam sie. Da stieg die erste Welle drohend auf, die ihr Glück vernichten konnte; denn was die Gräfin sich vorgenommen, das mußte auch erfüllt werden.

Die Osterfeiertage verlebte Buh wieder auf Bernried; er kam jeden Tag, die Großmutter zu begrüßen. Pionne merkte an ihm,

daß er verstimmt war. Sie drang in ihn, ihr zu sagen, was ihn quälte.

Kosend strich er über ihr Gesicht. Ach, Maus, Du kannst mir auch nicht helfen; ich bin in einer schrecklichen Situation.

Kengstlich sah sie ihn an und begriff sofort. Buh, Du hast Schulden?

Kun ja, das läppert sich so zusammen. Weiß der Teufel, wo das Geld bleibt! Und als er ihr betrübtes Gesicht sah, tat es ihm leid, sie mit seinen Sorgen beschweren zu haben. Buh gut sein, Kleiner; es wird auch schon Rat geschosst werden.

Buh, Du kannst ja ein reiches Mädchen heiraten, sagte sie leise, dann ist Dir sofort geholfen.

Er fuhr heftig auf.

Dank für Deinen menschenfreundlichen Vorschlag. Du hast wahrscheinlich auch schon jemand für mich in Aussicht.

Ja, Daisy von Hammerstein. Großmama und Deine Mama sind sehr dafür, und Herta schwärmt bereits von der zukünftigen Schwägerin.

Er stieß einen scharfen Pfiff aus.

Ah, kommt der Wind daher! Deshalb auch die feierliche Einladung zum zweiten Festtag. Man ist ja sehr auf mein Glück bedacht!

Die Hammersteins sind sehr, sehr reich, Buh, und Daisy wird außerdem noch extra von den amerikanischen Verwandten erben.

Weiß ich alles, mein Engel, und vielleicht noch länger als Du. Aber wenn Du mich lieb hast, Pionne, kommst Du mir nie wieder damit. Ich habe Dich!

Er fachte ihren Kopf mit seinen beiden Händen und sah ihr in seiner unwiderstehlichen Art tief in die Augen. Er lächelte dazu, und da löste sich auch der Druck und die Angst von ihrem Herzen.

Sie schloß und weinte. Buh, ich wäre gestorben, wenn Du mich aufgegeben hättest. Du liebst mich doch — dann kannst Du auch keine andere heiraten.

Und eine Daisy von Hammerstein, ein solch arrogantes Geschöpf, am allerwenigsten! Buh halt Dagobert noch mal von, murmelte er. So wird mir schrecklich schwer, aber es geht nicht anders.

Er küßte ihr die Tränen aus den Augen. Kopf hoch, mein Lieb, nicht weinen! Ich will nur lachen und fröhlich leben. Von Dult bin ich vierzehn Tage hier; Pfingsten werde ich dafür diesmal nicht kommen.

Buh, ich zähle die Tage bis dahin! Hoffentlich bist Du dann Deiner Sorgen ledig, so daß wir unsere Liebe nicht mehr zu verdecken brauchen. Diese Heimgelichkeit ist mir schrecklich, ich komme mir ja unheimlich vor.

Mit einem schwer zu beschreibenden Blick sah er sie da an. Er schloß sie fest in seine Arme. Süßestes, ich hab' Dich ja so lieb!

Versteh mich aber — gib mir Dein Wort darauf — nicht eher reden, als bis ich es selbst tue, damit uns nicht alles verdorrt wird.

Wenn sie ahnte, mit was für Schwierigkeiten er zu kämpfen hatte, wie leicht ihm das Geld durch die Finger glitt, ihre Sorgen würden noch viel größer geworden sein.

Und nun kam von anderer Seite etwas, das sie mit großer Befriedigung erfüllte.

(Fortsetzung folgt.)

Vereins- und Familien-Drucksachen

Bestellt schnellstens in sauberer Ausführung

Buchdruckerei Guido Zeidler, Bleiblich

Rathausstraße 16 — Fernruf 41

Präm. Gold-Medaille



Paul Rehm, Zahn-Praxis

Wiesbaden, Friedrichstr. 50.

Zahnschmerz beseitigung, Zahnziehen, Nervtötung, Plombieren, Zahnregulierungen, Künstl. Zahnersatz in div. Ausführungen u. a. m.

Sprechst. 9-6 Uhr.

Telefon 3118

Dentist des Wiesbadener Beamten-Vereins.

Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt Hochheim am Main.

Bekanntmachung.

In der kommenden Woche gelangen seitens der Stadtgemeinde Hochheim a. M. folgende Lebensmittel an die Bevölkerung zur Verteilung:

Am Samstag, den 6. März bei den Händlern: 625 Gramm Zucker zu M. 1.85 auf die Runderlarten.

Am Montag, den 8. März in den Verkaufsstellen für Krankenmittel: Zwiebeln und Petersilien auf die neuen roten Runderlarten.

Am Dienstag, den 9. März bei den Bäckern: 150 Gramm Weizenmehl zu M. 3.25 gegen Vorlage der Runderlarten der Brotarten von der laufenden Woche.

Am Dienstag, den 9. März im Rathaus: 250 Gramm Margarine zu M. 4.50 gegen Vorlage der Lebensmittelkarten in folgender Reihenfolge:

von 7.30 bis 8.30 Uhr an die Bewohner der Neudorfstraße, Plan, Rathausstraße, Hofenstraße, Stein- u. Sternstraße, Taubstr.

von 8.30 bis 9.30 Uhr an die Bewohner der Sponheim- und Weiserstraße, Weisenburger-, Werkstraße.

von 9.30 bis 10.30 Uhr an die Bewohner der Wilhelmstraße, Wintergasse, am Weiler, Bahnhofs- und Falkenberg.

von 10.30 bis 11.30 Uhr an die Bewohner der Adolf-, Rich-, Müll-, Alenauer- und Bahnhofsstraße, Bauerngasse, Blumenstraße, Wilhelm- und Glöcknerstraße.

von 11.30 bis 12.30 Uhr an die Bewohner der Dellenheimer-, Edel- und Elisenstraße.

von 2 bis 3 Uhr an die Bewohner der Eppelstraße, Erbenheimweg, Fildersheimer- und Kranzfurterstraße, Friedrichsplatz, Gartenstraße, Güte Gottes- und Wintergasse.

von 3 bis 4 Uhr an die Bewohner der Hochstraße, Lahn-, Kirch-, Kronprinzstraße, Bauerngasse, Mainweg und Mainzerstraße.

von 4 bis 5 Uhr an die Bewohner der Margarethen-, Margel-, Pfaffenheimer- und Möhlerstraße.

Ruhhalter und Hausbesitzer, die keine Fleischkarte besitzen, sind von dem Bezug der Margarine ausgeschlossen.

Am Mittwoch, den 10. März bei den Metzgern: 250 Gramm Speck bezw. geschältes Schweinefleisch zu M. 4.10 gegen Vorlage und Kennzeichnung der Fleischkarten.

Hochheim a. M., den 5. März 1920.

Der Magistrat. Krz. Bucher.

Betr. Holen des Zuckers.

Randwirte, welche bereit sind, den demnächst eintreffenden Zucker zur Haltung zu übernehmen, wollen sich alsbald unter Angabe ihrer Forderung im Rathaus, Zimmer 8, melden.

Hochheim a. M., den 5. März 1920.

Der Magistrat. Krz. Bucher.

Anzeigen-Teil.

Nußholz-Versteigerung.

Am nächsten Mittwoch, den 10. ds. Mo., vormittags 9 Uhr beginnend, gelangen im hiesigen Gemeindevand nachfolgende Nußholzer zur Versteigerung:

Distrikt 2	38 Stück Kiefern-Stämme	30,22 fm
Distrikt 11	34 Stück Eichen-Stämme	32,62 fm
Distrikt 11	7 Stück Buchen-Stämme	11,12 fm
Distrikt 25	38 Stück Eichenstämme	37,65 fm
Distrikt 25	90 Stück Kiefern-Stämme	117,19 fm
Distrikt 25	7 Rm. Eichen-Nußholz	
Distrikt 25	9 Rm. Kiefern-Schichtnußholz	
Distrikt 40	1 Stück Eichenstamm	0,58 fm
Distrikt 40	21 Stück Kiefern-Stämme	20,17 fm
Distrikt 40	111 Rm. Kiefern-Schichtnußholz	

Die Eichen- und Kiefernstämme sind 120 bis 150jährig und zum größten Teil über 1 m enthalten.

Zusammenkunft und Anfang: Dürrenschneise (Distrikt 2) vormittags 9 Uhr.

Hochheim a. M., den 4. März 1920.

Der Bürgermeister: Paul.

Einladung.

Die Mitglieder des Jugendvereins werden zu einer Versammlung auf Sonntag, den 7. März ds. Js., nachm. 4 Uhr, in die Kegelbahn von Karl Fiedler eingeladen. Alle Interessenten werden zu dieser Versammlung höflichst eingeladen.

Hochheim a. M., den 5. März 1920.

Der Vorsitzende.

Bekanntmachung.

Nach § 189 der Reichsabgabenordnung vom 13. 12. 19 (R.-G.-Bl. 3. 1923) haben

Öffentliche und private Banken und Zweigniederlassungen von Banken

im Stadt- und Landkreis Wiesbaden sowie im Unterraumkreise des Finanzamts Wiesbaden, Friedrichstraße 32, bis zum 1. Mai 1920 ein Verzeichnis ihrer Kunden mitteilen.

Als Banken im Sinne des § 189 Reichsabgabenordnung gelten auch Sparkassen sowie alle Personen oder Unternehmungen, die geschäftsmäßig Bank- oder Bankergeschäfte betreiben, insbesondere auch Wertpapiere offen oder verpfändet verwahren oder Schließfächer oder ähnliche zur Verwahrung von Wertpapieren geeignete Behälter anderen überlassen.

Das unterzeichnete Finanzamt erstellt während der Dienststunden Auskunft an Bankvertreter darüber, welche Kunden in die Verzeichnisse aufzunehmen sind und welche darin ausgelassen werden dürfen; es hält auch das Muster zu dem Kundenverzeichnis zur Einsichtnahme bereit.

Wiesbaden, den 1. März 1920.

Preuß. Staatssteueramt als Finanzamt.

Fischerei-Verpachtung.

Montag, den 15. März ds. Js., vormittags 9 Uhr, wird im Geschäftszimmer der Oberförsterei Sonnenberg bei Wiesbaden die fiskalische Fischerei in dem Niederseebacher-Bach mit seinen Nebenbächen und den Mäulgräben

der Langen-, Färth-, Stod-, Königshofer- und Pfaffenmühle,

etwa 7 km. lang, auf die Dauer von 12 Jahren beginnend mit dem 1. 4. 20 bis 31. 3. 1932 öffentlich meistbietend verpachtet werden. Hauptkchart: Forelle. Pachtkbedingungen können von der Oberförsterei gegen Einzahlung von 1.50 M. in Briefmarken bezogen werden.

Einladung.

Wir laden unsere Mitglieder hiermit zur

außerordentl. Generalversammlung

auf Sonntag, den 14. März, nachmittags 3 Uhr, ins Gasthaus „zum Tannu“ bei Pb. Schreiber ergebenst ein.

Tagesordnung: Wahl eines Rentanten.

Landw. Bezugs- und Absatzgenossenschaft

e. G. m. H.

Der Vorstand: Joh. Hild, Direktor.

Hochheim a. M., den 5. März 1920.

Für alle zur Wahl der Elternbeiräte

In Frage kommenden Eltern und Adoptiveltern findet am Samstag, den 6. März 1920, abends 7 1/2 Uhr, im „Saalbau zur Krone“ (Besitzer R. Friedrich) eine

öffentliche Versammlung

statt.

Thema:

Die Elternbeiräte und ihre Aufgaben.

Als Redner ist Herr Lehrer und Stadtrat Maas aus Wiesbaden gewonnen. Niemand darf fehlen.

Die vereinigte Arbeiterschaft Hochheims.

Todes- Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten, die kühnste Nachridt, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel, Herr